

(Haller)

wollten zusätzliche Einnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Solche fehlen aktuell, das ist zu konzedieren. Natürlich – jetzt kommt ein entscheidender Punkt – war beabsichtigt, eine Technik zu initiieren und zu installieren, die Zukunft hat. Der Glaube, es ginge mit einer Vignette – wie der Ministerpräsident gestern gesagt hat: ein Kleber, und dann würde das schon reichen –, ist falsch.

(Abg. Hauk CDU: Ein Bäbber!)

– Ein Bäbber, jawohl, da sind wir uns in der Formulierung auf Schwäbisch einig. Aber das ist doch keine Zukunftstechnologie. Ein Bäbber ist etwas aus der Vergangenheit, wie unser Kollege Bebber, der nicht mehr hier ist.

(Unruhe)

Bäbber sind Übergangslösungen, aber keine Zukunftstechnologie.

(Abg. Hauk CDU: Ein preiswerter Übergang! – Zurufe der Abg. Döpfer und Wieser CDU)

Die Bundesregierung hat entschieden, auf eine Zukunftstechnologie zu setzen – nach einer Ausschreibung –, mit einem deutschen Konsortium. Es ist auch richtig, dass wir uns bei einer solchen Zukunftstechnologie nicht an die Alpenstaaten oder an andere Staaten anlehnen. Damit erhalten wir, wenn es dann funktioniert – da bin ich immer noch optimistisch –, einen weltweiten Exportschlag aus unseren Reihen.

Frau Berroth, das, was Sie produziert haben, war Schlaubergerei dritter Klasse. Die Fehler, die jetzt auftreten – das ist unstrittig –, haben Sie offensichtlich am Anfang schon erkannt, aber niemand aus Ihren Reihen hat davor gewarnt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wie bitte? – Abg. Wieser CDU: Sind wir schuld? Jetzt ist die CDU schuld, dass es nicht geht! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Der Glaube, dass alles funktioniert, wenn man es von privaten Firmen erledigen lässt, ist an dieser Stelle – wohl zu Recht – sehr tief erschüttert worden. Sie haben doch Freudentränen vergossen,

(Abg. Schmiedel SPD: Genau!)

als das alles auf die private Schiene ging.

Klar ist: Es fehlt Geld.

Nun noch einmal zur Rekapitulation: Wer ist eigentlich für die Fehler ursächlich verantwortlich? Das ist doch die entscheidende Frage. Darauf kann es nur eine Antwort geben: die Industrie, die den Auftrag erhalten hat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So einfach ist das, Herr Scheuermann! – Abg. Wieser CDU: Wer hat denn den Auftrag erteilt? Wer hat die Konventionalstrafe festgelegt?)

Das sind keine Würstchenbudenbesitzer und keine Seifenblasenfirmen. Es sind altehrwürdige deutsche Firmen. Man mag noch milde dafür Verständnis haben, wenn preußische, bayerische oder welsche Firmen Technologie nicht auf die

Reihe bringen. Aber wenn ein urschwäbisches Unternehmen wie Daimler scheitert, ist das eine Schande für dieses Land.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Wieser CDU: Von einem SPD-Mann geleitet! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es wäre der Firma Daimler allemal anzuraten, ihr Gehirnschmalz stärker für diese Zukunftstechnologie einzusetzen, anstatt mit irrem Geldaufwand irgendeinen Boliden von 800 PS auf 802 PS aufzurüsten. Dann hätte das Land Baden-Württemberg einen Ertrag von dieser Firma, und wir hätten hier Arbeitsplätze. Wenn bei Ihnen die Sorge um dieses Land so groß ist, Herr Scheuermann, dann nehmen Sie doch einmal den Ministerpräsidenten am Händchen, gehen Sie zu Herrn Schrempf, und sagen Sie, was er hier – auf gut Schwäbisch – versaubeutelt hat! Das sei einmal deutlich formuliert.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich lasse es in der ersten Runde einmal dabei bewenden – denn meine verbleibende Redezeit bewegt sich auf null zu – und komme später noch einmal auf Ihre nicht zutreffenden Argumente zurück.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Was war denn jetzt die Botschaft?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

(Abg. Scheuermann CDU: Jetzt kommt die Lösung! – Abg. Pauli CDU: Maut für das Fahrrad! – Weitere Zurufe)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Pauli CDU: Wo ist dein Helm?)

Ich lade Sie – besonders die Damen und Herren, die auf der rechten Seite des Hauses sitzen – zu einem Gedankenexperiment ein: Nehmen Sie einmal an, im Bund würde gerade die CDU mit der FDP regieren.

(Abg. Stickelberger SPD: Oh Gott! – Abg. Wieser CDU: Sie fangen gut an!)

– Guter Anfang, ja! – Nehmen Sie weiter an, sie hätten einen Vertrag mit den größten und führenden Technologieunternehmen in Deutschland, mit der Telekom und mit Daimler-Chrysler, geschlossen, sie hätten das Modell Public Private Partnership – also eine urliberale Idee, Frau Berroth – implementiert und hätten nach einem Jahr feststellen müssen, dass die Verträge von diesen großen Unternehmen nicht eingehalten werden.

(Zurufe der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Wieser CDU)

Dann hätten sie eine Debatte bekommen, in der sie von der Opposition gefragt worden wären: „Was haben Sie – das ist ja unglaublich – denn da für einen Versagerminister? Da

(Boris Palmer)

muss ein Rücktritt folgen! Das ist ja wirklich skandalös, was in Berlin für Fehler gemacht werden!“

(Zuruf des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Dann hätten Sie doch mit Sicherheit geantwortet:

(Abg. Drexler SPD: Beschimpft!)

Ihr vaterlandslosen Gesellen von der SPD und den Grünen!

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war Bismarck!)

Sie hätten gepoltert, wie man das Ansehen der deutschen Industrie mit einer solch haltlosen Kritik dermaßen beschädigen könne.

(Abg. Döpfer CDU: Das ist hypothetisch!)

Sie hätten ausgeführt, dass selbstverständlich das Zutrauen in unsere hervorragenden Unternehmen vorhanden sei und dass man denen nur vertrauen müsse, dass die Maut bis in einem halben Jahr funktioniere und dass diese elende Kritelei aufhören müsse. Das wäre doch Ihre Argumentation gewesen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Pauli CDU: Jetzt zur Sache!)

Meine Damen und Herren, diese Debatte ist unehrlich von A bis Z.

(Lachen bei der CDU – Abg. Döpfer CDU: Das ist der Höhepunkt!)

Lassen Sie uns einmal über die Sache reden. Die Debatte, die Sie führen, ist nichts anderes als das Schwarzer-Peter-Spielchen: Irgendjemand muss da schuld sein, und im Zweifel ist es immer jemand von Rot oder Grün in Berlin.

(Abg. Hauk CDU: Wir haben doch ein Problem: Die Einnahmen sind einkalkuliert!)

Selbst dann, wenn die Industrie so offenkundig wie hier ihre Technik nicht beherrscht, ist ein Roter oder ein Grüner daran schuld! Das ist absurd, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Pauli CDU: Ihr habt auch Regierungsverantwortung!)

Lassen Sie uns jetzt einmal über die Sache reden.

(Unruhe bei der CDU)

Der Herr Ministerpräsident – er ist ja ein Hochtechnologieministerpräsident – hat, wie es schon erwähnt wurde, gestern verkündet, dass die Probleme eigentlich darauf zurückgingen, dass die rot-grüne Regierung auf die falsche Technologie gesetzt habe, nämlich auf die Satellitentechnik statt auf Bäbber. Besser wäre es mit Bäbbern gewesen, und Vorbild seien Österreich und die Schweiz.

Da muss man den Ministerpräsidenten erstens darüber aufklären, dass auch die Österreicher und die Schweizer über

den Bäbber hinaus sind; denn auch die benutzen Mikrowellentechnik.

(Abg. Pauli CDU: Bei denen funktioniert es aber!)

Zweitens muss man ihm einmal erklären – das will ich jetzt versuchen –, warum man diese Technik gewählt hat. Das hat zwei Gründe. Der Hinweis auf die Schweiz ist nicht stichhaltig, weil die Schweiz nicht in der EU ist und die Mauterfassung an der Grenze einstellen kann. Das können wir nicht; das verbieten uns eine EU-Richtlinie und der freie Warenverkehr. Die Österreicher haben auf einem eng begrenzten Streckennetz – dort gibt es viel weniger Autobahnen als bei uns – eine Mauterfassung an Baken, und dann reicht es, wenn sie die Durchfahrt des Lkws an der Bake messen, um für einen bestimmten Streckenabschnitt eine Maut abzubuchen.

Warum machen wir das in Deutschland nicht? Das erkläre ich Ihnen jetzt einmal; denn das haben Sie offenbar noch nicht verstanden.

(Abg. Scheuermann CDU: Das ist doch gar nicht streitig!)

– Das ist aber der Punkt.

(Abg. Scheuermann und Abg. Hauk CDU: Das ist doch gar nicht streitig!)

Wenn der Herr Ministerpräsident sagt, die Bäbberlösung hätte uns das Chaos, über das wir gerade diskutieren, erspart, dann muss ich Ihnen, Herr Scheuermann, sagen: Sagen Sie doch dem Ministerpräsidenten, dass er bei seiner nächsten Regierungserklärung auf diese unsinnige Polemik verzichten sollte.

Wir haben diese Technik aus zwei Gründen gewählt: Erstens erlaubt sie uns, in Zukunft zeitabhängig und streckenabhängig auf dem gesamten Straßennetz flexibel nach der Verkehrslage eine Maut zu erheben, die steuernd wirkt.

(Abg. Hauk CDU: Da sind wir uns doch einig!)

– Da sind wir uns einig. Da haben wir also die richtige Technik gewählt – nicht den Bäbber. Sagen Sie das dem Ministerpräsidenten!

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Zum Thema!)

Zweitens haben wir damit die Chance, über die Mehrwertdienste riesige wirtschaftliche Vorteile auch im Export zu erzielen.

Wenn Rot-Grün einmal wirklich Wirtschaftspolitik betreibt, fällt Ihnen nichts anderes ein als das seltsame Genörgel, dass die Technik nicht funktioniert.

Jetzt frage ich Sie: Haben Sie damit eigentlich keine Erfahrungen? Es gab einmal einen Verkehrsminister Schaufler, der sich damit gebrüstet hat, dass er den Pendolino in Baden-Württemberg einführen werde. Haben Sie, weil das bis heute nicht funktioniert, den Rücktritt von Herrn Schaufler gefordert,

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

(Boris Palmer)

oder war das vielleicht doch ein Problem von Adtranz?

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

Jetzt kommen wir auf die Frage: Haben Sie dafür bezahlt oder nicht?

(Abg. Hauk CDU: Wir haben ein Problem: Sie haben Einnahmen einkalkuliert!)

In der Sache sind wir uns einig: Es ist die richtige Technik ausgewählt worden.

(Abg. Birzele SPD: Und die Verkehrsanlagen an der B 27!)

Versagt hat nicht die Bundesregierung, sondern leider haben die Unternehmen aufgrund eines überehrgeizigen Zeitplans ihre Vorgaben nicht einhalten können.

Jetzt geht es ausschließlich um die Fragen: Wie ist der Vertrag gestaltet? Was passiert im Zusammenhang mit den fehlenden Einnahmen? Welche Auswirkungen auf den Straßenbau in Baden-Württemberg gibt es? Da Sie dazu bisher nichts Qualifiziertes ausgeführt haben, warte ich einmal ab, ob der Minister zum Kern der Debatte irgendetwas zu sagen hat,

(Zurufe von der CDU: Oh ja!)

und werde im Anschluss daran berichten, was dazu von der anderen Seite her noch zu ergänzen ist.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Verkehrsminister Müller.

(Abg. Röhm CDU: Jetzt kommts! – Abg. Döpper CDU: Jetzt musst du aufpassen, Boris!)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Maut ist ein einziges Trauerspiel –

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Döpper CDU: Sehr gut!)

ich glaube, das kann man so kurz und trocken sagen –, und es ist eine Blamage für die deutsche Industrie und für die deutsche Politik in gleichem Maße.

Nachdem ich die Debatte bisher verfolgt habe, meine Damen und Herren von der Opposition, möchte ich Ihnen wenigstens jenes Maß an Selbstkritik empfehlen, das Ihre eigenen Kollegen in Berlin mittlerweile an den Tag legen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Es ist schon toll, wie Sie versuchen, all die Fehlleistungen bei wem auch immer – bis hin zu Herrn Wissmann – abzuladen.

(Heiterkeit des Abg. Döpper CDU)

Jeden Tag gibt es neue Katastrophenmeldungen, sei es von Toll Collect

(Abg. Hofer FDP/DVP: Tollhaus!)

oder sei es von der Politik. Sich dann hinzustellen und zu sagen, es sei irgendjemand anderer gewesen oder es sei vielleicht vor fünf oder sechs Jahren Herr Wissmann gewesen, ist doch einigermaßen witzig.

(Zuruf des Ministers Dr. Christoph Palmer)

Zur Rolle von Herrn Wissmann will ich nur sagen: Er hat immerhin die Euro-Vignette eingeführt, und er hat in der Union die Wege dafür geebnet, dass die streckenbezogene Maut bei uns mehrheitsfähig geworden ist. Wir waren also von vornherein nicht Gegner einer streckenbezogenen Maut. Das ist der Tatbestand.

1998 haben Sie sich vorgenommen, die Maut einzuführen. Aber Sie haben es in der ganzen Legislaturperiode nicht hingebraht. Das sollte man vielleicht auch einmal in der Öffentlichkeit sagen. Wir sprechen im Moment über die Mautausfälle der letzten Monate. Wir könnten uns aber auch über die Mautausfälle in den zurückliegenden vier Jahren Gedanken machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ein Projekt, das dem Staat einen Haufen Geld bringt und das innenpolitisch im Kern nicht umstritten ist, nicht hinzukriegen ist schon einmal der erste kardinale handwerkliche Fehler der Politik auf Bundesebene.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Bitte schön.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister Müller, wollen Sie ernsthaft behaupten, dass die Technik, die jetzt eingesetzt wird, bereits vor fünf Jahren verfügbar gewesen wäre?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ich wollte gerade zu Toll Collect kommen.

Man muss natürlich sagen: Wenn es ein technisches Versagen gibt – aber es gibt halt nicht nur ein technisches Versagen –, ist das zunächst einmal ein Problem der Techniker und der Unternehmen, die das System versprochen haben. Damit ist es eben für Toll Collect und damit für ein Unternehmen aus diesem Land blamabel. Da gibt es überhaupt nichts heranzureden.

Mich stört an der ganzen Geschichte zum Ersten, dass die Unternehmen die technischen Probleme nicht gelöst haben, zum Zweiten, dass sie sie nicht eingestanden haben, zum Dritten, dass sie mit dem Speditionsgewerbe unschön umgegangen sind, und zum Vierten, dass sie in der Bewältigung der Krise beträchtliche handwerkliche Fehler gemacht haben. Man kann es einem Unternehmen mit einem solchen Ruf nicht ersparen, das in aller Deutlichkeit zu sagen.

Zur gleichen Zeit will ich aber auf einen kleinen versteckten Tatbestand hinweisen, der einem zu denken geben muss.

(Boris Palmer)

werden darf? Ist Ihnen das alles bekannt? Und was bedeutet das für Ihre Aussage, dass man mit der Kündigung dieses Vertrags hätte warten sollen?

Abg. Scheuermann CDU: Herr Palmer, es gibt eine goldene Regel. Diese heißt: Die Italiener erfinden die Regeln, die Franzosen formulieren sie, und die Deutschen – in Klammern: die Deutschen – halten sie ein. Das ist meine Antwort auf Ihre Frage.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Haller.

Abg. Haller SPD: Meine Damen und Herren! Ich denke, es ist deutlich geworden, dass das Thema Maut eine verzwickte, eine komplizierte Angelegenheit ist.

(Abg. Scheuermann CDU: Zumindest ein halbes Eingeständnis!)

Es hat eine juristische, eine technische und eine politische Dimension und beinhaltet viele Sachzwänge. Herr Palmer, Sie haben dankenswerterweise deutlich gemacht, dass bei der Verabschiedung ein Sachzwang bestand.

Herr Minister Müller, wir schätzen Sie als akribischen Arbeiter. Aber Ihre Akribie geht immer besonders gern in Richtung Berlin. Dort stellen Sie alle Fehler fest.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist nicht schwer! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

In Ihrem Hause vernachlässigen Sie manches, wie man auch heute Nachmittag vielleicht noch einmal erfahren darf.

Natürlich gibt es bei einem Vertragswerk mit 100, 200 Seiten und 17 000 Seiten technischem Anhang sicherlich das eine oder andere zu bemängeln. Darüber kann man im Einzelfall reden.

Zurück zum Verursacherprinzip. Es sollte doch klar sein: Wir wollen hier eine neue Technologie, und das funktioniert nicht. Das ist doch die Kernfrage. Da wollen wir die Betriebe nicht aus der Verantwortung entlassen und fragen natürlich nach Schadenersatz. Genau das steht im Raum. Das Ministerium hat ja ein Rechtsanwaltsbüro beauftragt, diese Frage zu klären, und hat eindeutig erklärt, nicht auf Schadenersatzforderungen verzichten zu wollen.

Noch einmal: Der Minister war nicht gutgläubig, sondern, was Herr Palmer zu Beginn sagte, er hat im Mai die Betriebsbereitschaft angemahnt, er hat im Juli Toll Collect vorgeschlagen, die Inbetriebnahme zu verschieben. Er war sehr vorsichtig.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Toll!)

– Reden Sie doch nicht so daher, Frau Berroth. Gerade Toll Collect hat sich mit Vehemenz dagegen gewehrt. Frau Berroth, hätten Sie den Eingang zur letzten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses gelesen,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Habe ich gelesen! „Die Vorbereitungen schreiten voran“ im September, statt dass man im August anfängt!)

hätten Sie die Prognosen von Toll Collect gesehen. Die schreiben noch im September, dass das System schon im August in Betrieb gegangen sei. Lesen Sie es in Ihren Unterlagen! Dort steht alles drin.

Toll Collect hat sich unter dem Stichwort Rufschädigung entschieden gegen die Aussage verwahrt, dass die Mauteinführung zu verschieben sei. Das ist ein Faktum, das Sie beachten sollten, wenn Sie den Minister kritisieren, den ich hier im Landtag nicht uneingeschränkt verteidigen muss.

Die Frage des Schadenersatzes wird geprüft. Sie wollen hier und heute eine Aussage, was das bedeutet. Bedauerlicherweise ist alles im Fluss. Wir müssten ständig, jede Woche, ein neues Tableau errichten. Wir sind nun einmal in der Situation, dass wir abwarten müssen, was rauskommt. Erst dann kann entschieden werden. Im Übrigen – das sage ich nicht mit letzter Gewissheit, aber zumindest habe ich es in Zeitungen gelesen, denen man manchmal, aber nicht immer, etwas glauben kann – gebe es eine Vereinbarung, wonach das Finanzministerium bis zum Jahr 2006 Gelder vorschießen werde. Insoweit scheint – ich sage bewusst „scheint“ – das Geld zumindest zur Verfügung zu stehen. Ich bin durchaus optimistisch, dass wir für dieses Land die beschlossenen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, zu denen wir stehen, durchsetzen können.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Die Betriebe sind in der Verantwortung; das sei ganz deutlich gesagt. Sie haben es im Landtag selbst erlebt: Das neu eingeführte Codekartensystem hatte auch seine Kinderkrankheiten. Niemand hatte die Idee, Herrn Präsident Straub dafür verantwortlich zu machen, auch wir von der Opposition nicht.

Das Desaster mit der Maut hat die beauftragte Firma zu verantworten, sonst niemand.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

(Abg. Teßmer SPD: Reiz den Scheuermann nicht so, der verträgt das nicht!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Berroth hat gerügt, dass ich nichts zu Baden-Württemberg gesagt habe. Damit hat sie Recht. Das war beim gegenwärtigen Stand der Debatte nicht möglich, denn es gibt dazu nichts zu sagen. Deswegen war die heutige Debatte von vornherein verfehlt.

Aber wenn Sie schon die Frage stellen, dann darf ich Ihnen jetzt das vortragen, was offensichtlich niemand von Ihnen in den Verträgen nachgelesen hat. Wie sieht es denn finanziell aus? Zunächst einmal: Welche Verluste erleidet der Bund? 60 Millionen € fallen monatlich weg, weil die Eurovignette nicht mehr gilt. Das entlastet übrigens die Spediteure mehr als alles, was jemals diskutiert wurde. Es gibt für die Spediteure im Moment keinen Grund, sich zu ärgern.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die sind nach wie vor EU-rechtlich benachteiligt!)

(Boris Palmer)

156 Millionen € Einnahmeausfall netto hat der Bund monatlich, weil die Maut nicht läuft. Das macht bis zum Jahresende rund 800 Millionen € aus.

Wie sieht es aber auf der anderen Seite aus? Welche Kosten muss Toll Collect tragen? Da wird immer nur von den Vertragsstrafen gesprochen. Die belaufen sich auf 7,5 Millionen € ab Dezember und 15 Millionen € ab März nächsten Jahres.

(Abg. Scheuermann CDU: Im Monat!)

Das ist aber nicht der Punkt. Der Vertrag nimmt Toll Collect in vielfältiger Weise in die Pflicht. Alle Urteile, die vor Veröffentlichung des Vertrags gefällt wurden, waren schlicht und ergreifend voreilig.

Erstens bekommt Toll Collect keine Betreibervergütung. Das macht bis zum Jahresende 360 Millionen € aus.

Zweitens wird Toll Collect keine Erstattung der Investitionskosten für den Zeitraum bekommen, in dem das System nicht funktioniert. Das war auf zwölf Monate angesetzt und wird bis zum Jahresende 230 Millionen € ausmachen.

In der Summe muss Toll Collect bis Ende dieses Jahres auf 600 Millionen € verzichten. Zusätzlich gibt es eine Kündigungsmöglichkeit mit einer Call-Option, das heißt, der Bund kann das gesamte Know-how aufkaufen und braucht das Eigenkapital nicht zu berücksichtigen. Er muss auch den Unternehmenswert nicht bezahlen. Ein Experte für Vergaberecht hat im „Handelsblatt“ diese Regelung als „ziemlich hart“ bezeichnet.

Damit nicht genug: Wenn dem Unternehmen Verschulden nachgewiesen werden kann – dafür spricht im Moment einiges –, dann greift eine unbegrenzte Haftung für sämtliche Einnahmeausfälle des Bundes. Das heißt, dieser Vertrag ist – anders, als in der Öffentlichkeit zunächst dargestellt – gegenüber dem Unternehmen ausgesprochen hart. Deswegen sind die finanziellen Folgen, die Sie als Anlass für diese Debatte gesehen haben, und der Umstand, dass in Baden-Württemberg keine Straßen gebaut werden können, im Moment nicht quantifizierbar

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber sie werden kommen!)

und mit Sicherheit wesentlich geringer, als Sie offenbar vermutet haben, weil Sie die Verträge nicht angeschaut haben.

(Beifall bei den Grünen)

Meine These ist: Toll Collect wusste sehr genau, warum sie mit der Veröffentlichung der Verträge so lange gezögert haben – die sind nämlich ziemlich nachteilig für das Unternehmen.

Hinsichtlich der Auswirkungen auf Baden-Württemberg ist noch einmal festzuhalten: Niemand von uns weiß, wann die Maut wirklich kommt, und niemand von uns weiß, wie hoch die Einnahmeausfälle sind. Deswegen ist es völlig spekulativ, Listen in die Welt zu setzen, Herr Minister oder Frau Berroth, nach denen als Konsequenz aus dem „Mautdesas-

ter“ bereits einzelne Straßenbauprojekte nicht realisiert werden.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Diese Art von Politik halte ich für höchst unseriös.

Zweitens darf ich Sie darauf hinweisen, dass Sie eine vollkommen inkonsistente Argumentation führen, wenn Sie auf der einen Seite sagen: „Da werden ja Haushaltsmittel gestrichen; es gibt aus der Maut also kein zusätzliches Geld für den Straßenbau“, auf der anderen Seite aber, wenn die Maut ausfällt, sagen: „Jetzt fehlt das Geld beim Straßenbau!“ Beides zugleich kann ja wohl nicht der Fall sein. Beides zugleich geht nun einmal wirklich nicht.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die Einnahmen aus der Maut – das sollten Sie wissen – stopfen keine Haushaltslöcher. Es gab ein Sonderprogramm für drei Jahre, für Straße und Schiene, finanziert aus den UMTS-Zinserlösen, und es war beim Start dieses Programms klar,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist das nächste Märchen!)

dass es 2003 endet. Haushaltsmittel sind nicht abgesenkt worden. Das sollten Sie einfach auch einmal zur Kenntnis nehmen, anstatt immer die Unwahrheit zu behaupten.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Drittens, meine Damen und Herren: Wenn es nach all diesen Regelungen, die ich geschildert habe, jetzt trotzdem für den Bund zu finanziellen Einbußen kommt, dann – so hat der Bund bereits angekündigt, als es noch um zwei Monate ging – werden diese Ausfälle auf drei Jahre gestreckt. Deswegen wird die Reduktion der Mittel für Baden-Württemberg im ersten Jahr relativ gering ausfallen. Wir gehen davon aus, dass diese Regelung mit dem Finanzminister auch bei längeren Ausfallzeiten greift.

Es macht überhaupt keinen Sinn, die Regelung mit dem Finanzminister bis ins letzte Detail auszubaldowern, bevor man nicht den Betrag kennt, über den man verhandeln muss. Wenn es sich aber um eine solche Lösung handelt – Investitionen über mehrere Jahre hinweg zu strecken –, dann bedeutet dieses ganze „Mautdesaster“ schlimmstenfalls, dass mit dem Bau einiger Autobahnprojekte erst drei oder vier Monate später begonnen werden kann als ursprünglich vorgesehen. Meine Damen und Herren, bei den üblichen Verzögerungen im Straßenbau ist das nun wirklich kein Grund für lautes Gejammer.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Seimetz CDU: Die SPD klatscht nicht!)

Ich fasse das zusammen mit dem Hinweis, dass Schiene und Wasserstraße davon genauso betroffen sind, damit Sie sehen, dass es hier nicht um grüne Polemik gegen den Fernstraßenbau geht. Es gab Fehler bei der Politik, bei der Vergabe. Sicherlich ist in den letzten Monaten auch im Handling einiges schief gegangen.

(Abg. Rech CDU: Es ist überhaupt nichts gegangen!)

(Boris Palmer)

Das hat sicherlich eine verheerende Außenwirkung; das müssen wir auf unsere Kappe nehmen. Solche Fehler sind aber schon an verschiedenen Stellen vorgekommen.

Bei Ihnen hingegen müssen wir festhalten: Sie – der Ministerpräsident vornan – haben keine Ahnung von der Technik. Herr Minister Müller hat vor allem dafür gesorgt, dass die Mauteinnahmen 600 Millionen € pro Jahr niedriger ausfallen als der Betrag, der sich ohne seine Intervention ergeben hätte. Und was Ihre Fraktion angeht, so ist Ihnen außer hämischer und inkompetenter Kritik nicht viel eingefallen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Seimetz CDU: Ach wie gut, dass jeder weiß, dass der Palmer alles weiß!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Minister für Umwelt und Verkehr, Herrn Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein paar kleine Mosaiksteinchen möchte ich noch ergänzen, wie es auch Herr Kollege Palmer zum Schluss gerade getan hat.

Erstens: Man sollte bei dem Stichwort Toll Collect nicht nur an das schwäbische Unternehmen denken, sondern auch an den anderen Partner, nämlich die Telekom, die eigentlich gerade für die EDV-Seite besonders verantwortlich ist. Bei aller Kritik an der Industrie sollte man wissen, wohin man sich da wendet.

Zum Zweiten ist – von Ihnen, Herr Kollege Birzele – einmal gefragt worden: „Welchen Vertrag hätten Sie unterschrieben?“ Wir kennen den Vertrag ja nicht;

(Zuruf von der SPD: Was?)

deswegen kann man das schlecht sagen. Er ist uns ja auch monatelang vorenthalten worden.

(Zuruf von der SPD: Was heißt „vorenthalten“? – Abg. Birzele SPD: Herr Müller, warum ist er Ihnen denn vorenthalten worden? Würden Sie das auch dazusagen! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Unruhe)

– Ich habe in der Verkehrsministerkonferenz genau diese Frage gestellt; und ich habe eben keine Antwort bekommen. Das ist bedauerlich. Ich habe vor acht Wochen aber zu Herrn Mangold gesagt: „Herr Mangold, ich weiß nicht genau, was in dem Vertrag steht, aber einen solchen hätte ich nie unterschrieben.“ Daraufhin hat er gesagt: „Dann hätte ich ihn auch nicht unterschrieben.“

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Sie sehen, dass das offensichtlich ein Vertrag war, der die Rechte und Pflichten beider Seiten in einer sehr unausgewogenen Weise formuliert hat. Man wollte auf jeden Fall einen Vertragsabschluss, weil man auf das Geld scharf war. Deswegen hat man die Risiken, von denen hier die Rede ist, in Kauf genommen.

(Abg. Schmid SPD: Sie sprechen über einen Vertrag, den Sie nicht kennen!)

Herr Birzele, Sie können jetzt ja erzählen, was Sie wollen, aber die Tatsache, dass wir keinen vollen Schadenersatz bekommen und dass überhaupt von Neuverhandlungen die Rede ist, zeigt doch, dass der alte Vertrag offensichtlich untauglich ist. Das kann man drehen und wenden, wie man will.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Rech CDU: Das stinkt doch zum Himmel! – Abg. Birzele SPD: Es zeigt, dass die Zusagen des Unternehmens nicht erfüllt wurden, die vertraglich vereinbarten Zusagen!)

– Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen: Dort oben sitzt der Präsident.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Abg. Birzele SPD: Geniale Antwort!)

Zum Dritten, was die Projekte in Baden-Württemberg angeht: Wir haben nicht gesagt, dass bestimmte Straßenbauprojekte wegfallen, sondern wir haben darauf verwiesen, welche nach der Auffassung des Bundesverkehrsministeriums, die es in einer Besprechung am 8. September geäußert hat, im nächsten Jahr begonnen werden sollen. Jetzt kann man logischerweise im Wesentlichen die Projekte wegfallen lassen, die begonnen werden sollen. Die sind in Gefahr. Ich weiß aber nicht, inwieweit das der Fall ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Also!)

Mich würde es brennend interessieren. Wenn wir aber keine zusätzlichen Haushaltsmittel bekommen und wenn wir keinen Schadenersatz bekommen – und dafür, dass wir vollen Schadenersatz bekommen, spricht zurzeit nichts; in Berlin pfeifen die Spatzen von den Dächern, dass wir keinen vollen Schadenersatz bekommen –, wird es einen massiven Ausfall geben.

Jetzt kann man natürlich sagen: Was sind schon 1 Milliarde €? Das ist ja harmlos! Ich sage Ihnen dazu bloß: Die 100 Millionen € für das Jahr 2004 – wir haben im nächsten Jahr vielleicht 25 Millionen € für neue Maßnahmen frei – sind schon relativ viel. Das löst sich nicht in Luft auf; das kann man einfach so nicht sagen.

Kollege Palmer, Sie haben davon gesprochen, dass es hier ja nur um den Wegfall der ausgefallenen UMTS-Mittel geht. Das ist richtig. Aber: Als man, um Verkehrsprojekte zu finanzieren, Mittel verwendet hat, die aufgrund der UMTS-Erlöse nicht für Zinszahlungen aufgebracht werden müssen, sind zwei Drittel dieser Summe dafür verwandt worden, Kürzungen von Haushaltsmitteln auszugleichen, und im Übrigen dauert der UMTS-Zinseffekt noch an. Dieses Geld behält jetzt der Bundesfinanzminister.

Insofern gibt es bei der ganzen Operation einen Gewinner – und zwar unabhängig davon, ob die Maut kommt oder nicht –, und das ist der Bundesfinanzminister. Es gibt auch einen Verlierer; und das ist der Bundesverkehrshaushalt.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Thema Harmonisierung: Es ist richtig, dass wir uns dafür verwandt haben, dass das Harmonisierungsvolumen 600 Millionen € betrifft.